

Dabei sollte man sich von den Kolleginnen und Kollegen der FDP nicht bremsen lassen; Rot und Grün sind da nah beieinander.

Außerdem müssen wir das tun, was Minister Laumann gestern angekündigt hat: Arbeitsgruppen müssen das entschlacken, was wir in Nordrhein-Westfalen tun können. Wenn wir das zusammen tun, können wir einen Schritt weiterkommen,

(Lena Teschlade [SPD]: Nicht nur ankündigen! Auch machen!)

anstatt aufeinander einzuschlagen, was Sie immer tun. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Das ist wahr!)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Somit sind wir am Schluss der Aussprache, und ich schließe diese Aktuelle Stunde.

Wir kommen zu:

2 Einsetzung einer Enquete-Kommission „Wasser in Zeiten der Klimakrise“ (EK Wasser)

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/8423

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion der Kollegin Vogelheim das Wort.

Astrid Vogelheim (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie außerordentlich wichtig die Enquetekommission „Wasser in Zeiten der Klimakrise“ ist, wird bereits an einigen Meldungen dieses Jahres deutlich: „Der vergangene Februar war weltweit der wärmste seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Das ist damit der neunte Monat in Folge mit einem globalen Temperaturrekord“; „Im vergangenen Jahr lag die globale Temperatur 1,48 Grad über dem Durchschnitt der Jahre 1850 bis 1900“ – ein neuer Höchstwert. 2023 war das niederschlagsreichste Jahr in Deutschland seit Beginn der Wetteraufzeichnungen.

Dann kam vergangene Woche folgende Meldung. Die Europäische Umweltagentur warnte: „Die Staaten Europas sind zu schlecht auf Hitze, Dürren und Überschwemmungen vorbereitet“ – und das, obwohl sich Europa von allen Kontinenten am schnellsten erwärmt.

Der globale Wasserhaushalt ist ein hochkomplexes, fragiles System, das durch die Auswirkungen der Klimakrise zunehmend aus dem Gleichgewicht gerät.

Die Erinnerungen an die schreckliche Flutkatastrophe 2021 mit Toten, Verletzten und gewaltigen wirtschaftlichen Schäden sind noch frisch und für viele Menschen schmerzhaft. Wer in den vergangenen Jahren durch unser Land gefahren ist, kann das ganze Elend sehen, was 14 zu trockene Jahre, darunter zwei extreme Dürreperioden, nämlich 2018 und 2022, in unseren Wäldern angerichtet haben.

Ganz generell sehen wir die Auswirkungen der globalen Erwärmung schon seit Jahren, zunehmend auch in NRW. Lange Perioden großer Trockenheit, Dürren, Niedrigwasser in den Flüssen und Hitzewellen oder Starkregen, Überschwemmungen, Dauerregenfälle und Hochwasser – das sind zwei Seiten einer Medaille.

Wir wissen aus der Klimafolgenforschung, dass die Wahrscheinlichkeit für Extremwetterereignisse dieser Art zunimmt. Sie ereignen sich nicht mehr nur in anderen Teilen der Welt, sondern direkt vor unserer Haustür.

Wir dürfen nicht nachlassen, weiterhin alles dafür zu tun, das Fortschreiten der Klimakrise zu bremsen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Gleichzeitig müssen wir unser Land aber auch klimaresilienter machen – für die Veränderungen, die wir heute schon erleben, aber noch viel mehr für den Fall, dass die im Pariser Klimaabkommen angestrebten 1,5 Grad überschritten werden; danach sieht es im Moment leider sehr stark aus. Es ist höchste Zeit für Risikovorsorge. Viele der Maßnahmen werden Zeit brauchen. Die Kanalisation einer dicht bebauten und stark versiegelten Stadt kann nicht von heute auf morgen an die Erfordernisse für Starkregenereignisse angepasst werden. Ich habe über 25 Jahre als Ingenieurin in der Siedlungswasserwirtschaft gearbeitet und kenne die Herausforderungen.

Auch das Schaffen von Retentionsflächen, damit die Flüsse wieder Raum haben, braucht in einem demokratischen Rechtsstaat Zeit. Daher wird die Beschleunigung der Umsetzung von bereits identifizierten Anpassungsmaßnahmen eine wichtige Frage in der Enquetekommission sein.

Eine weitere wichtige Frage werden Finanzierungsmodelle sein. Investitionen in die Klimafolgenanpassung werden Geld kosten. Klar ist aber auch: Für jeden Euro, den wir jetzt nicht in die Anpassung stecken, müssen wir schon bald drei oder mehr Euro bezahlen.

Nach Angaben des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft verursachten Starkregenereignisse in Nordrhein-Westfalen in den Jahren 2000 bis 2021 allein an Wohngebäuden Schäden

in Höhe von 4,15 Milliarden Euro. Welche Schäden Dürre und Hitze im Land angerichtet haben, ist noch nicht einmal hinreichend untersucht – von den nicht-monetären Schäden mal ganz abgesehen.

Es ist nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und der Generationengerechtigkeit, sondern im schlimmsten Fall eine Frage des Überlebens, ob wir Risikovorsorge betreiben oder nicht, ob wir in 30, 50 oder 100 Jahren noch sauberes, hochwertiges Trinkwasser und Wasser für Anbau und Erzeugung von Nahrungsmitteln haben. Ob wir unsere Ökosysteme so erhalten können, wie wir sie heute schätzen und für unser eigenes Überleben brauchen, und ob wir unsere Bevölkerung ausreichend vor Extremwetterereignissen schützen können, entscheiden wir heute.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Heute ist Weltwassertag. Dieses Jahr steht er unter dem Motto „Wasser für Frieden“. Wasser kann Frieden schaffen, ein Mangel daran Konflikte auslösen. Wohlstand und Frieden hängen vom Wasser ab. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Frau Kollegin Vogelheim. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Blumenrath.

Peter Blumenrath^{*)} (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wasser ist eine der wertvollsten Ressourcen weltweit und auch hier bei uns in Deutschland. In wenigen Ländern dieser Erde ist der Zugang zu sauberem, qualitativ hochwertigem Trink- und Nutzwasser so selbstverständlich wie bei uns. Deutschland ist ein wasserreiches Land, und wir wollen, dass das auch so bleibt.

Aber auch bei uns hier in Nordrhein-Westfalen sorgt der Klimawandel für mehr Trockenheit, mehr Hitzeperioden, mehr Starkregen und mehr Überschwemmungen. Deshalb braucht es bei der Thematik einen breiteren Blickwinkel.

In den sehr trockenen Sommern 2018 und 2019 haben wir vor unserer eigenen Haustür erlebt, wie die Schifffahrt auf der wichtigsten Transport- und Verkehrsachse, dem Rhein, fast zum Erliegen gekommen ist. Wir müssen uns darauf einstellen, dass solche Trockenperioden in Zukunft häufiger auftreten und auch länger andauern können.

Dieser Herausforderung müssen wir uns stellen und entsprechende Maßnahmen ergreifen. Deshalb brauchen wir Lösungen dafür, wie wir zum Beispiel mehr und größere Wasserspeicher bzw. Trinkwassersperren bauen können und wie wir unsere Wasserversorgung bei langanhaltender Trockenheit dauerhaft sicherstellen können. Dies gilt auch für

Verbundleitungen, Grundwasseranreicherung und die Reduzierung von Netzverlusten.

Wasser prägt unser Leben und ist allgegenwärtig. Unser Ökosystem mit seiner Flora und Fauna ist ebenso auf Wasser angewiesen wie wir als Menschen auf sauberes Trinkwasser. Außerdem benötigen wir große Mengen Wasser für die Körperhygiene, für unsere Industrie, für die Nahrungsmittelproduktion, aber auch für unsere Landwirtschaft.

Aber auch Abwasserkanäle, Abwassermengen, Spurenstoffstrategien, Grundwasserbewirtschaftung sowie der Hochwasserschutz sind von enormer Bedeutung für unseren Alltag.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Die schrecklichen Flutkatastrophen in Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen haben uns schmerzhaft gezeigt, dass wir die Hochwasserresilienz von Städten und Gemeinden ausbauen müssen. Das betrifft zum einen den Bau von Brücken; hier brauchen wir stabilere Fundamente und Bauwerke, die mit großen Wassermassen umgehen können, aber auch größere Retentionsflächen. Um verstärkte Deiche müssen wir uns ebenso kümmern. Auch das sogenannte Schwammstadtprinzip wird bei der Stadtplanung der Zukunft eine immer größere Rolle spielen müssen.

Sie sehen also: Das Thema „Wasser“ ist komplex und betrifft viele Felder unseres Lebens, aber eben auch der Berufe. Deshalb ist es mir wichtig, dass wir hier kooperativ mit allen Beteiligten und Akteuren auf Augenhöhe arbeiten, gemeinsam bei der Lösungsfindung mitwirken und die unterschiedlichen, aber berechtigten Interessen eben dieser Akteure nicht gegeneinander ausspielen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Bund, Länder und Kommunen müssen in dieser Frage eng zusammenarbeiten. Deshalb eignet sich dieses Thema selbstverständlich für eine Enquete-kommission, der wir auch gerne zustimmen. Ich freue mich auf die gemeinsame Arbeit. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Herr Kollege Blumenrath. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt die Kollegin Kahle-Hausmann.

Julia Kahle-Hausmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Bei allen spannenden Themen in dieser Plenarwoche bin ich heute gern am Rednerpult für das Thema, das für jeden Menschen in NRW, für Industrie, Handwerk, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Städte, Dörfer und

Einsiedeleien, Tiere und Pflanzen existenziell wichtig ist.

Wir haben in den letzten fünf Jahren wohl alle – ob mit wachem Verstand in der Realität oder auch als Klimawandelleugner vom rechten Rand – erfahren müssen, dass Wasser schwer beherrschbar ist: manchmal viel zu viel mit zahlreichen Toten und Milliarden Schäden nach ganzen drei Tagen massiven Regens, manchmal viel zu wenig, wie in den Dürre-jahren seit 2018 zu sehen war, mit Borkenkäferkalamitäten im Wald, Ernteeinbußen in der Landwirtschaft und Wasserrationierung in den Kommunen. Deshalb sind wir und bin auch ich persönlich sehr angetan von dem Antrag auf eine Enquetekommission zum Wasser; ich werde ihm selbstverständlich zustimmen.

(Beifall von der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

Natürlich müssen wir uns angesichts der Prognosen eines RCP8,5 oder jetzt im sechsten IPCC-Bericht AR6 auf trockenere Sommer, nassere Winter und deutlich mehr Extremwetterereignisse gefasst machen. Wir sind als Politiker und Politikerinnen nicht nur in der Lage, sondern auch in der Verpflichtung, zukunftsweisende Beschlüsse vorzubereiten. Der Umgang mit Wasser ist ein sehr zukunftsträchtiges Thema.

Weder qualitativ noch quantitativ können wir uns ein Weiter-so beim Wasser leisten. Auf qualitativer Ebene kämpfen wir ständig aufs Neue mit Schad- und Spurenstoffen in Grund- und Oberflächengewässern. Dabei sind unter anderem Medikamente, Hormone, Industriechemikalien, aber auch Herbizide, Pestizide und Düngemittel in einem Cocktail vereint und stellen die Wasserverbände bei ihrer Aufbereitung vor sehr große Herausforderungen. Wer bezahlt dabei eigentlich das Upgrade auf die vierte Reinigungsstufe: die Verursacher oder die Gebührenzahler? Wir müssen diskutieren, wie wir einen Lösungsweg gesellschaftlich und ökologisch verträglich und unter Maßstäben wie Verursacher- und Vorsorgeprinzipien ausgestalten wollen.

Auf quantitativer Ebene müssen wir lernen, mit beiden Extremen – zu viel und zu wenig Wasser – umzugehen. Wir brauchen die städtebauliche Weiterentwicklung hin zu Schwammstädten und blaugrüner Infrastruktur und müssen die natürlichen Schutzfunktionen von Gewässern und Auenlandschaften wiederherstellen und schützen.

Wer soll in Mangelzeiten Zugriff auf die Ressource Wasser haben: Verbraucher, Industrie oder Krankenhäuser? Zurzeit werden diese Nutzungskonflikte auf kommunaler Ebene geregelt und damit die Gemeinden in den schwierigen Entscheidungen allein gelassen.

Vor allen Dingen müssen wir uns überlegen, wie wir unserem Auftrag nachkommen, die Daseinsvorsorge auch für zukünftige Generationen sicherzustellen. Dazu gehört auch, unseren Ressourcenverbrauch auf den Prüfstand zu stellen, denn die sich verändernden klimatischen Bedingungen erfordern auch eine gesellschaftliche und politische Anpassung.

(Beifall von der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

Dazu müssen wir uns eine klare Datengrundlage erarbeiten, um nicht am Ziel vorbei zu handeln.

Auch die Vielzahl von wasserrechtlichen Gesetzen, Vorschriften und Vorgaben, die meist aus einer Zeit des reinen Wasserüberflusses stammen, müssen auf die heutige Zeit – besser noch: direkt auf die Zukunft – angepasst und ertüchtigt werden, denn wenn wir auf Zeiten zulaufen, in denen sowohl Dürre als auch Überschwemmungen durch Extremwetterereignisse gleichzeitig stattfinden, können wir nicht mit einem veralteten Regelwerk arbeiten.

Es wird in den kommenden Jahrzehnten kaum einen Bereich geben, der in Bezug auf Wasser nicht umdenken muss. Wir können dieses Thema nur gemeinsam und interessenübergreifend bearbeiten. Eine Enquetekommission ist dafür genau richtig. Wir freuen uns auf die zukünftige Zusammenarbeit. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank Frau Kollegin Kahle-Hausmann. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Brockes.

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wasser ist Grundnahrungsmittel und eine unverzichtbare Ressource für uns Bürgerinnen und Bürger, für die Landwirtschaft und auch für unsere Unternehmen und Betriebe. Wasser ist unsere wichtigste Ressource. Wasser ist für unsere Bevölkerung, die Landwirtschaft und die Wirtschaft unverzichtbar.

In den letzten Jahren hat sich die Wasserversorgung in Nordrhein-Westfalen zunehmend verschärft. Die Folgen des Klimawandels machen es immer wichtiger, dass wir unsere Wasserwirtschaft zukunftssicher gestalten. Wir brauchen ein Umdenken im Umgang mit Wasser. In der vergangenen Legislaturperiode hat die Landesregierung im Jahr 2019 eine umfassende Wasserwirtschaftsstudie erarbeiten lassen. Die Aufgaben, die wir als Repräsentanten des Landes hier vor der Brust haben, sind dort klipp und klar benannt:

Wir müssen die Effizienz unserer Wasserversorgungssysteme verbessern. Wasser darf nicht ver-

schwendet werden. Unsere Wasserinfrastruktur ist veraltet, weil hier nicht genügend investiert wurde. Wir müssen zu einer kreislauforientierten Wasserwirtschaft kommen. Die Wiederverwendung von Wasser hat höchste Priorität, ebenso das Speichern und der sparsame Einsatz von Wasser. Unsere Städte müssen zu Schwammstädten umgebaut werden. Wir müssen den Schutz vor Hochwasser und Starkregen verbessern, und wir müssen in Forschung und Entwicklung im Bereich des Wassermanagements investieren.

Deshalb wurde von der Koalition von CDU und Grünen auch die Erarbeitung einer Wasserstrategie im Koalitionsvertrag beschlossen; das ist richtig. Das Umweltministerium hat im Januar Eckpunkte für eine Landeswasserstrategie für dieses Jahr angekündigt.

Wir begrüßen, dass eine Enquetekommission „Wasser“ eingesetzt wird. Die Enquetekommission darf aber die Bemühungen für die Umsetzung einer Wasserstrategie auf Landesebene nicht ausbremsen. Das nächste Hochwasser, die nächste Dürre kann schnell kommen, und beim Wasser ist teilweise Gefahr in Verzug. Hier ist sofortiges Handeln notwendig.

Wir sind etwas verwundert, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Grünen haben den Umweltminister bzw. das zuständige Haus für die Wasserpolitik, und der Koalitionsvertrag ist klar formuliert. Alle politischen Instrumente und die notwendigen Mehrheiten sind vorhanden, um die Aufgaben beim Wasser sofort umzusetzen. Trotzdem beantragt die grüne Landtagsfraktion eine Enquetekommission.

Für alle, die das nicht kennen: Eine Enquetekommission hat die Aufgabe, sich mit Themen, die im Alltagsgeschäft oft zu kurz kommen, zu befassen und diese zu durchleuchten. Insofern kann man die Einsetzung dieser Enquetekommission auch als Misstrauensvotum gegenüber dem eigenen Minister verstehen.

(Beifall von der FDP)

Deshalb sage ich Ihnen auch klipp und klar: In einigen Bereichen besteht derzeit und nicht erst nach dem Beschluss einer Enquetekommission ein dringender Handlungsbedarf. Den Umweltminister werden wir deshalb weiterhin nicht aus der Verantwortung entlassen und die Probleme, die jetzt gelöst werden müssen, im zuständigen Unterausschuss direkt ansprechen, auch wenn parallel eine Enquetekommission für weitergehende Punkte läuft.

(Beifall von der FDP)

Insofern freuen wir uns auf die Arbeit in der Enquetekommission und stimmen dem Einsetzungsbeschluss zu. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Brockes. – Für die Fraktion der AfD spricht jetzt der Abgeordnete Schalley.

Zacharias Schalley (AfD): Herr Präsident! Werte Damen und Herren! Kennen Sie Margaret Klein Salamon? Falls nicht, wird es schleunigst Zeit, sich mit dieser Dame auseinanderzusetzen. Margaret Klein Salamon ist Executive Director des Climate Emergency Fund. Diese Organisation wird von Philanthropen, wie man die westlichen Oligarchien nennt, die politisch Einfluss nehmen, mit großzügigen Summen finanziert.

Der Climate Emergency Fund reicht das Geld dann an Aktivisten wie die Klimakleber von der Letzten Generation weiter. Die vermeintlichen Idealisten können dann mit Festgehalt am Klebstoff schnüffeln und Straßen blockieren. Frau Klein Salamon liefert für die Klimahysteriker aller Couleur auch gleich den Leitfaden mit.

„Facing the Climate Emergency“ – übersetzt heißt das so viel, wie sich dem Klimanotstand zu stellen – lautet der Titel ihres jüngsten Buches. Darin schreibt sie, dass der Klimanotstand wie eine reale Bedrohung behandelt werden müsse; nicht nur intellektuell, sondern auch emotional und sozial, und zwar – Zitat – in der Kommunikation des Notstands, militanten Taktiken und der Forderung nach einer Mobilisierung des Notstandsmodus in der Regierung, ja, sogar in der gesamten Gesellschaft.

Genau nach diesem Drehbuch gehen auch die Grünen vor, die vereint mit ihrem politischen Vorfeld – Oligarchien und Lobbyisten – den Weltuntergang predigen; erst Panikmache über Hitzelockdowns, Dürre, Wassernotstände und Ähnlichem in den Medien und nun auch mit der Enquetekommission „Wasser in Zeiten der Klimakrise“.

Dabei ist Wasser tatsächlich ein existenzielles Gut, und man kann viele wunderbare Dinge damit machen, zum Beispiel Bier.

(Beifall von der AfD – Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Die Rede haben Sie auch im Suff geschrieben!)

Ich könnte nun tatsächlich ausführen, dass sich die Politik mit Wasser als Ressource und im Zusammenhang mit der Ökologie befassen sollte. Das Drehbuch für diese Enquetekommission ist aber schon geschrieben.

Der Krisen- und Angstjargon ist eine bewährte Kommunikationsstrategie und eignet sich hervorragend zur Machtsicherung. Erst jagen Sie dem Bürger Angst vor dem Waldsterben und dann vor dem Super-GAU nach Tschernobyl ein. Heute tun Sie es mit dem Klima als Generalthema, und konkret kommt jetzt der Wassernotstand als neues Unterthema.

Sie behaupten in Ihrem Antrag, dass die Klimakrise erhebliche Herausforderungen für die Bewirtschaftung der Grundwasserressourcen darstelle. Das Landesumweltamt schreibt dazu allerdings, dass – Zitat – der mengenmäßige Zustand in NRW in den meisten Grundwasserkörpern nicht gefährdet sei. Sie behaupten in Ihrem Antrag weiter, dass die Oberflächengewässer in Nordrhein-Westfalen stark anthropogen belastet seien. Noch 2015 bescheinigte das Grünen-geführte Umweltministerium 90 % der Gewässer in NRW einen guten Zustand.

Die großen Umweltsünden liegen in der Vergangenheit. Die staatlichen Behörden schreiben es ja selbst. Am Ende werden aber trotzdem Forderungen an die Politik stehen, endlich zu handeln, die herbeifantasierten Notstände ernst zu nehmen und Konsequenzen zu ziehen.

Wir von der AfD wenden uns als einzige Oppositionskraft dagegen. Der Klimawandel: unbenommen. Der Umgang damit ist aber das Problem – die Panikmache, die den offenen Diskurs darüber abgewürgt, der konstruierte Konsens für politische Zwecke und der konstruierte Konsens von Wissenschaftlern auf Verlangen der Politik sowie die hintergründigen Zwecke von Klimamaßnahmen: Rechtfertigung für Subventionen, demokratisch nicht legitimierte Parallelgremien, Klimavorbehalt bei allen politischen Vorhaben, Notstandsgesetze usw.

Sie fordern in Ihrem Antrag, dass alle gesellschaftlichen Nutzungsinteressenten insbesondere im Hinblick auf eine soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit betrachtet werden müssten. Das ist der Klimavorbehalt. Sie schreiben von unterstützenden Maßnahmen und Regulierungen für die Bereiche „Landwirtschaft“, „Industrie“ und „Dienstleistung“; auf gut Deutsch: Subventionen und Planwirtschaft.

Die gesamte Enquetekommission ist grünerseits bereits durchgeplant, und was hinten herauskommt, liegt in den Schubladen schon bereit. Wir erwarten wenig Neues abseits der üblichen grünen Propaganda, mit der man sowieso jeden Tag berieselt wird.

(Julia Kahle-Hausmann [SPD]: Das heißt, Sie nehmen nicht teil?)

Selbstverständlich werden wir uns dem parlamentarischen Brauch entsprechend nicht gegen die Einsetzung dieser Kommission wenden. Dass Sie von uns dafür aber keine Zustimmung bekommen, ist für Sie so erwartbar, wie für uns das Ergebnis dieser Kommission. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Somit sind wir am Schluss der Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 18/8423. Wer stimmt dem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Die Fraktion der AfD. Damit ist der **Antrag Drucksache 18/8423 angenommen**.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich rufe auf:

3 Das Startchancen-Programm in Nordrhein-Westfalen zum Erfolg bringen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/8434

Ich öffne die Aussprache und erteile der schon anwesenden Abgeordneten Müller-Rech das Wort.

Franziska Müller-Rech (FDP): Vielen Dank. – Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine vollgepackte Plenarwoche mit ganz vielen Bildungsthemen. Wir haben dort schon mehrfach das jetzt auf den Weg kommende Startchancen-Programm besprochen, aber das sollten wir heute noch etwas ausführlicher tun.

Es ist nämlich ein echter Meilenstein in der Bildungspolitik, und der große Dank dafür gilt unserer Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger. Ihr ist es gelungen, das Programm mit allen Bundesländern erfolgreich zu verhandeln und darin liberale Forderungen nach einem neuen Verteilmechanismus, nach Engagement des Bundes und vor allem auch mehr Schulfreiheit, mehr Schulautonomie zu verankern.

Es ist wirklich ein großer Durchbruch, dass wir die Ressourcen nicht mehr mit der Gießkanne über das Land verteilen, sondern dort hinbringen, wo die Gelder wirklich am dringendsten benötigt werden. Dieser gezielte Verteilmechanismus ist auch ein ganz besonderer Gewinn für uns in Nordrhein-Westfalen und für unsere Schulen. 900 Schulen werden es sein, die vom Startchancen-Programm profitieren werden, davon 60 % Grundschulen.

Bildungschancen dürfen nicht abhängen von der Postleitzahl oder vom Geldbeutel der Eltern. Die FDP hat dafür in ihrer Regierungszeit hervorragende Vorarbeit geleistet, und zwar an zwei ganz entscheidenden Punkten. Wir haben das Vorbildprogramm, nämlich den Schulversuch Talentschule auf den Weg gebracht. Sie sind das Vorbild für das Startchancen-Programm, und das Startchancen-Programm soll und muss jetzt auch daran nahtlos anknüpfen.